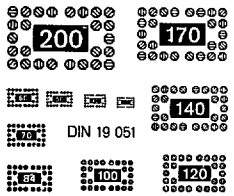

DAS AKTIONS-PROGRAMM

REFERAT VON

Otto Brenner

GEHALTEN VOR
DEM 4. ORDENTLICHEN BUNDESKONGRESS
DES DEUTSCHEN GEWERKSCHAFTSBUNDES
IN HAMBURG, 1.–6. OKTOBER 1956

DGB - BV
Bücherei
A/K
D-977
c

Meine sehr verehrten Anwesenden,
meine lieben Kolleginnen und Kollegen!

Als vor zwei Jahren der DGB-Kongreß in Frankfurt a. M. sich mit den Anträgen auf Schaffung eines Aktionsprogrammes beschäftigte, gab es zunächst viele Skeptiker. Es wurde unter anderem darauf hingewiesen, daß die Beschlüsse des DGB-Kongresses von München 1949 noch nicht verwirklicht seien, und schon komme man wieder mit einem neuen Programm. In dem wirtschaftspolitischen Referat war sogar die Meinung vertreten worden, ein Aktionsprogramm müßte auch die Probleme der Vergesellschaftung, der Steuerpolitik, Fragen der Landwirtschaftspolitik und die gewerkschaftliche Anschauung über europäische Integration enthalten. Von anderer Seite wurde sogar verlangt, es müsse eine Art „Regierungsprogramm" sein.

Ich möchte mich mit diesen wenigen Worten begnügen, um in Erinnerung zu rufen, welche Unklarheiten, Mißverständnisse und Zweifel über Sinn und Bedeutung, über die Zweckmäßigkeit oder gar Notwendigkeit eines Aktionsprogramms in unseren eigenen Reihen bestanden. Das war zum Teil auch gar nicht anders möglich, denn auch die eifrigsten Befürworter eines Aktionsprogramms haben sich damals selbst erst Schritt für Schritt an den Kern des Problems herantasten müssen, und jene Stimmen, von denen ich eingangs sprach, haben mit ihren skeptischen Bemerkungen — auf ihre Weise — ebenfalls zur Klärung der Probleme beigetragen.

Wenn eine neue Konzeption erarbeitet wird — und darum handelt es sich bei dem Aktionsprogramm —, ist das in einer demokratischen Organisation gar nicht anders möglich als durch **freie** Diskussion.

Was war nun das Kernproblem?
Worum ging es eigentlich?

Nach 1945 haben wir alle die Hoffnung, ja die Überzeugung gehabt, daß es möglich sein werde, eine völlige Neuordnung von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft herbeizuführen. Die Erfahrungen der Weimarer Republik und ihr Zusammenbruch in der großen Wirtschaftskrise, die Errichtung der Hitler-Diktatur mit ihren Schrecken, der Krieg mit seinen ungeheuerlichen

Folgen — all das dürfe nicht vergessen und eine Wiederholung müsse verhindert werden. Diese Überzeugung war **damals** weit über den Rahmen der Gewerkschaften hinaus verbreitet. Uns schwebte vor.

eine Vergesellschaftung der Schlüsselindustrien,
der Banken und der Versicherungen,

eine demokratisch kontrollierte Planwirtschaft und eine betriebliche und überbetriebliche Mitbestimmung in allen Zweigen der Wirtschaft und der Verwaltung.

Auf dem Münchner DGB-Kongreß im Jahre 1949 wurden diese Vorstellungen in dem Grundsatz-Referat Hans Böcklers und in den Beschlüssen des Kongresses niedergelegt. Selbst damals, 1949, hatten wir noch die Erwartung, daß es sich keineswegs nur um Fernziele handele. Noch war die Bundesrepublik — ein Jahr nach der Währungsreform — im Werden, noch befand sich alles scheinbar im Fluß, noch hatte sich die Restauration in Staat und Wirtschaft nicht endgültig durchgesetzt. Diese Hoffnungen hatten wir noch in München, obwohl bereits die Wahlen zum ersten Bundestag eine Bundestagsmehrheit und eine Regierung hervorbrachten, die man beim besten Willen nicht als Anhänger von Sozialisierung und Planwirtschaft bezeichnen konnte. Es gelang uns aber doch noch, jener Bundesregierung und jenem Bundestag die Mitbestimmung bei Kohle und Stahl abzuringen. Allerdings erst unter dem Druck einer Streikabstimmung. Hans Böckler gab in jenen Wochen seine letzte Kraft für das große Ziel. Jener Erfolg war aber auch der **letzte** große Erfolg der Gewerkschaften in der Nachkriegszeit! Und was kam danach? Es zeigte sich immer mehr, daß sich die restaurativen Kräfte in unserer Bundesrepublik durchsetzten.

Diese Entwicklung fand ihren Ausdruck —

in unserem Mißerfolg im Kampf um ein fortschrittliches Betriebsverfassungs- und Personalvertretungsgesetz,

in der Aushöhlung erkämpfter Mitbestimmungsrechte,

in den Bundestagswahlen 1953,

in dem Versuch, die Einheit der Gewerkschaften zu untergraben,

in der Diffamierung der Gewerkschaften und ihrer Funktionäre, denen man „Machtlüsternheit" unterschob,

und nicht zuletzt

in der Wiedererrichtung der alten Konzerne

und

in einem immer maßloseren und frecheren Auftreten ehemaliger Nazis und Kriegsverbrecher.

Das war etwa die Situation Ende 1953 bis Anfang 1954, als so manche von uns — teils aus Gefühl, teils aus Erkenntnis — sich die Fragen vorlegten:

Was kann man jetzt tun?
Wie können wir diese Lage überwinden?

Aus den unzähligen Diskussionen in Mitglieder- und Funktionärskreisen um diese Fragen kristallisierten sich allmählich klare Erkenntnisse heraus:
Die eine war, das Kräfteverhältnis zwischen Kapital und Arbeit habe sich so verändert, daß es eine Utopie sei, zu glauben, man könne **in nächster Zukunft** unsere **Münchner Grundsatz-Forderungen** auf Neuordnung der Wirtschaft durchsetzen.
Die andere Erkenntnis war, daß das Kräfteverhältnis im Parlament so gelagert sei, daß man von der gegenwärtigen Bundestagsmehrheit keine Unterstützung wesentlicher gewerkschaftlicher Anliegen erwarten könne.
Diese Erkenntnisse von den Schwierigkeiten, unsere Grundsatzforderungen durchzusetzen, machten uns klar, daß es notwendig war, neue Mittel und Wege zu suchen und uns nur auf solche Nahziele zu beschränken und zu konzentrieren, die durch eigene und gemeinsame Kraft der Gewerkschaften erreichbar waren.

Das war der Sinn des Aktionsprogramms!

Unsere Münchner Grundsatzforderungen waren weder überlebt — noch sollten sie vergessen oder auf Eis gelegt werden. Worauf es ankam, war eben, nicht auf jene Grundsatzforderungen zu starren, die zu verwirklichen 1954 keine Kraft der deutschen Gewerkschaftsbewegung ausgereicht hätte — **sondern**

aus der Defensive, aus der Erstarrung herauszukommen,
die restaurativen Bestrebungen zu stoppen und
den Arbeitnehmern und der Gewerkschaftsbewegung ein neues Kraftgefühl zu geben.

Es kam darauf an — gerade durch konkrete Nahziele, die den Wünschen und Hoffnungen aller Gewerkschaftsmitglieder, gleichgültig, ob christlich oder sozialistisch, entsprachen, unsere Einheitsgewerkschaften so zu festigen und zu stärken, daß alle Spaltungsversuche zum Scheitern verurteilt wurden. Es kam darauf an, die öffentliche Meinung — deren Bedeutung wir nicht unterschätzen dürfen — so weit als möglich — für unsere wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Anliegen zu gewinnen.

Und nicht zuletzt kam es darauf an, Forderungen herauszustellen,

um Arbeiter, Angestellte und Beamte —
Männer und Frauen —
alt und jung —
in Stadt und Land —

in gleicher Weise anzusprechen und die geeignet waren, trotz aller natürlichen Sonderinteressen das

einigende Band

zu kräftigen und das Solidaritätsgefühl zu stärken.
Das Kernstück dieses Programms sollten solche Forderungen sein, die das brennende Interesse aller Arbeitnehmer wie auch ihrer Familien und damit das Interesse der großen Mehrheit unseres Volkes ausdrücken. Diese Forderungen mußten so sein, daß sie unabhängig von den gegenwärtigen politisch-parlamentarischen Verhältnissen auch mit gewerkschaftlichen Mitteln realisierbar sind. Sie sollten so populär formuliert werden, daß

jeder wissen und jeder erkennen konnte, daß es bei den Forderungen dieses Aktionsprogramms um das Wohl und Wehe, um die Zukunft, um Kultur, um menschliche Würde, um Glück und Freiheit von Millionen Schaffenden und Notleidenden geht.

Das waren die Ideen, die dem Aktionsprogramm zugrunde lagen.

Kolleginnen und Kollegen!

Wer von uns hat noch vor zwei Jahren in Frankfurt zu hoffen gewagt, daß es uns in so kurzer Zeit gelingen könnte, auch nur eine Forderung des Aktionsprogramms in die Tat umzusetzen. Wer von uns hätte geglaubt, daß es uns gelingen würde, die breite Öffentlichkeit so für uns zu gewinnen, wie das seit der Verkündung des Aktionsprogramms am 1. Mai 1955 der Fall war.

Denken wir nur in diesem Zusammenhang an die Forderungen des Aktionsprogramms nach der 5-Tage-Woche, der 40-Stunden-Woche mit vollem Lohn- und Gehaltsausgleich. Sie ist heute doch gar nicht mehr wegzudenken aus unserem Bewußtsein und aus dem Bewußtsein der großen Mehrheit unseres Volkes.

Mögen die Verhältnisse der verschiedensten Arbeitnehmer-Schichten und die Probleme der einzelnen Gewerkschaften noch so unterschiedlich sein:

> Die Forderungen des Aktionsprogramms sind ein Ausdruck der gemeinsamen Ziele, sie werden mehr und mehr Grundlage und Richtschnur des täglichen Ringens jeder Gewerkschaft, bei aller Berücksichtigung ihrer verschiedenen Wirkungsbereiche und ihrer unterschiedlichen Struktur.

Skepsis und Schwankungen sind heute überwunden.

Jeder, auch der kleinste Erfolg in der Durchsetzung dieser oder jener Forderung des Aktionsprogramms beflügelt und ermuntert alle Gewerkschaftsmitglieder und alle Arbeitnehmer.

Dabei sind wir uns durchaus bewußt, daß jene Gewerkschaften, die den Staat und die öffentliche Hand als Tarifpartner haben, die also nach wie vor weitgehend bei der Durchsetzung der Forderungen des Aktionsprogramms vom **politischen** Kräfteverhältnis abhängig sind, den schwersten Stand haben. Um so mehr müssen sie sich auf die tatkräftige Solidarität der gesamten Gewerkschaftsbewegung, wenn es einmal darauf ankommt, verlassen können. Je mehr es uns gelingt, im Ringen um die Forderungen unseres Programms Erfolge zu erzielen, je stärker die gewerkschaftliche Kraft wird, um so mehr werden die gesetzgebenden Instanzen gezwungen und geneigt sein, auch den Forderungen der Arbeitnehmer im öffentlichen Dienst, bei der Bundesbahn und Post, nachzugeben.

Kolleginnen und Kollegen!

Es stellt sich uns die Frage:

Waren unsere Überlegungen richtig?

Wie richtig es war, die Arbeitszeitverkürzungen an die Spitze des Aktionsprogramms zu stellen, geht schon daraus hervor, daß heute die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung unsere Anstrengungen, einen kürzeren Arbeitstag und eine kürzere Arbeitswoche durchzusetzen, kennt, die Notwendigkeit und Durchführbarkeit der Arbeitszeitverkürzung eindeutig bejaht und sich allgemein hinter unsere Forderungen stellt. Ein bekanntes deutsches Meinungsforschungsinstitut hat kürzlich — im Juli/August dieses Jahres — ermittelt, daß von 100 befragten Erwachsenen — Unternehmer, Bauern, freie Berufe, Hausfrauen, Arbeiter, Angestellte und Beamte — in der Bundesrepublik 55 die Kürzung der Arbeitszeit als notwendig empfinden. Von 100 Arbeitnehmern waren es sogar 73 und von 100 Arbeitern sogar 78. Es ergab sich weiter, daß von 100 Befragten 64 grundsätzlich diese Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Gehaltsausgleich für durchführbar halten.

Nicht unwichtig ist in diesem Zusammenhang die Tatsache, daß sich die Zweifler an der Notwendigkeit wie an der praktischen Durchführbarkeit der Arbeitszeitverkürzung aus der Schicht mit den höchsten Einkommen rekrutieren. Der Kern des Widerstandes gegen die Arbeitszeitverkürzung kommt also aus den besitzenden und privilegierten Schichten. Es ist also gar nicht in erster Linie die sachliche Einschätzung als vielmehr das ökonomische und gesellschaftliche Interesse gewisser Kreise, das diese Ablehnung diktiert. Um so erfreulicher ist der Umstand, daß nicht nur die Arbeitnehmer im Betrieb, sondern die gesamte arbeitende Bevölkerung hinter der Arbeitszeitverkürzung steht.

Die Forderung nach **Arbeitszeitverkürzung** ist also mit voller Absicht **an die Spitze** des Aktionsprogramms gestellt worden. Die Zahlen aus der Kranken-, Unfall- und Rentenstatistik bringen alarmierende Tatsachen zum Ausdruck. Von 1951 bis 1955 stieg der Anteil der arbeitsunfähigen Kranken-Mitglieder der sozialen Krankenversicherungen um **14,7 %**. Bei den gewerblichen Berufsgenossenschaften erhöhte sich die Zahl der gemeldeten Unfälle je 1000 Versicherte in der gleichen Zeit um **15,4 %**. Noch erschreckender sind die Ergebnisse der Rentenstatistik. Bei der Invalidenversicherung entfielen 1953 **73,8 %** neu bewilligte Renten auf Frühinvaliditätsfälle. In der Angestelltenversicherung waren **63,1 %** der neuen Rentenempfänger nicht an die Altersgrenze herangekommen. Das Durchschnittsalter der wegen Berufsunfähigkeit Invalidisierten betrug in der Invaliden- und Angestelltenversicherung zusammen 54,3 Jahre. Diese Zahlen kann man nicht bagatellisieren. Sie machen deutlich, daß die gewerkschaftliche Forderung nach **Arbeitszeitverkürzung** nicht als Wunsch nach einem bequemen Leben bezeichnet werden kann, wie es böse Zungen immer noch versuchen. Es geht uns vielmehr um die Verringerung der schweren Belastung des arbeitenden Menschen in der modernen Industriegesellschaft und die Beendigung des Raubbaus an der Arbeitskraft.

Wir können mit Genugtuung feststellen, daß seit der Verkündung des Aktionsprogramms zur Verwirklichung der 40-Stunden-Woche wesentliche Erfolge erzielt werden konnten. Es gibt heute kaum noch eine Stimme in der Bundesrepublik, die unsere gewerkschaftliche Forderung nach Arbeitszeitverkürzung grundsätzlich und offen ablehnt. Auch die öffentliche Meinung steht der Arbeitszeitverkürzung positiv gegenüber. Und — was wohl das wichtigste ist — in einer Reihe von Industrie- und Wirtschaftszweigen ist

es uns bereits gelungen, zu tariflichen Abmachungen über kürzere Arbeitszeit zu kommen.

Im **Bergbau** ist jetzt eine Arbeitszeitverkürzung tarifvertraglich vereinbart worden. Aber abgesehen davon wird im Steinkohlenbergbau schon seit 1953 wöchentlich nur 45 Stunden gearbeitet.

Weiter sind — um nur einige zu nennen — Tarifverträge abgeschlossen für das **graphische Gewerbe** mit der neuen Normalarbeitszeit von 45 Stunden,

das **private Versicherungswesen mit 45 Stunden,**
die **Privatbanken mit 46 Stunden,**
die **Zigarettenindustrie mit 42,5 Stunden,**
die **Margarineindustrie mit 46 Stunden,**
die **Mühlenindustrie mit 44 Stunden,**
die **chemische Industrie** und
die **metallverarbeitende Industrie mit 45 Stunden.**

Insgesamt betrug die Zahl der Arbeitnehmer mit tariflich gesicherten Arbeitszeiten unter 48 Stunden bis zur Stunde in der Bundesrepublik mehr als 4 Millionen. Wir können also mit Recht feststellen, daß es unseren gemeinsamen Anstrengungen gelungen ist, entscheidende Schritte auf dem Wege zur 40-Stunden-Woche mit vollem Lohn- und Gehaltsausgleich getan zu haben.

Die Arbeitszeitverkürzung wird nicht nur — was unser erstes Anliegen ist — die ungeheure körperliche und moralische Belastung des arbeitenden Menschen verringern, sondern ungleich stärker noch als der Achtstundentag wird die **fünftägige** 40-Stunden-Woche die **Lebensbedingungen** der Arbeitnehmer verändern. Die Erkenntnis von der Notwendigkeit des solidarischen Zusammenstehens aller Arbeitnehmer wird neue Wurzeln schlagen. Der freie Samstag wird aber auch größere Möglichkeiten zur geistigen und körperlichen Entspannung bringen. Er wird Zeit schaffen für kulturelle, sportliche und politische Betätigung und nicht zuletzt zur Festigung des Familienlebens beitragen. Unsere Losung zum diesjährigen 1. Mai **„Samstag gehört Vati mir!"** hatte darum ihre tiefere Bedeutung. Zwar zerbrechen sich viele den Kopf darüber, was wohl die Arbeitnehmer mit ihrer Freizeit anfangen. Am liebsten möchten gerade diejenigen, die sonst gegen jede Planung sind, dem Arbeitnehmer vorschreiben, was er in seiner Freizeit zu tun und zu lassen hat. Und es wird heute oft — und meist von interessierter Seite — bezweifelt, daß die arbeitenden Menschen ihre Freizeit vernünftig anwenden. Abgesehen davon, daß man bei der Diskussion der Freizeitgestaltung oft von einer Minderheit auf die Gesamtheit schließt und falsche Verallgemeinerungen macht, hat die von mir erwähnte Umfrage auch zu diesem Problem ermittelt, daß zwei Drittel der Bevölkerung diese Zweifel **nicht** teilen. Nur diejenigen, die ohnehin gegen mehr Freizeit sind und deren Interesse im Widerspruch zur Arbeitszeitverkürzung steht, äußern Zweifel. Im übrigen ist dieser Zweifel sehr alt.

Ein bekannter französischer Soziologe schrieb dazu bereits **1931:** „Denken wir daran, was geschehen ist, seitdem die Beschränkung des Arbeitstages auf acht Stunden eingeführt wurde... Man hat sich gefragt, was wird der Arbeiter mit seiner Freizeit anfangen? Man fragte sich, ob das Leben des

Arbeiters nicht mit künstlichen und willkürlichen Beschäftigungen ausgefüllt wird oder ob er nicht Wünsche entwickle, deren Befriedigung eine unnütze Verschwendung an Zeit und Aktivität bedeute. Es sollte zur Vorsicht mahnen, daß solche Bedenken jedes Mal auftauchen, wenn die Arbeiter daran waren, ihre Situation zu verbessern."

Auch in der Bismarckzeit kam man uns schon mit dem Argument, bei Verkürzung der Arbeitszeit würden die Arbeiter in Kaschemmen und Spelunken verkommen. Die Arbeiterbewegung ist allein durch ihren Kampf um Verkürzung der Arbeitszeit zur größten kulturfördernden Kraft geworden. Sie wußte und weiß um **die kulturelle Bedeutung der Freizeit.** Die erkämpfte Freizeit hat der Arbeitnehmerschaft ein erhöhtes Bildungsniveau gebracht. Erst sie hat ermöglicht, daß die Arbeitnehmer aus eigener Kraft sich die in unserer Gesellschaft und Wirtschaft notwendigen Kenntnisse erwerben, Volkshochschulen, Gewerkschaftsschulen, Arbeiterakademien haben sie befähigt, die gesellschaftlichen Probleme zu erkennen und schließlich sogar selbst mit zu gestalten.

Soll die Arbeitnehmerschaft die ihrer Größe und Bedeutung entsprechende Rolle und den ihr zustehenden Einfluß ausüben, so bedürfen die Arbeitnehmer noch mehr Kenntnisse und mehr Freizeit, um sie zu erwerben. Die Ausgestaltung der Freizeit soll man darum getrost uns selbst überlassen. Arbeiter, Angestellte und Beamte brauchen keine „Freizeitgestaltung" unseligen Angedenkens!

In früheren Epochen der Geschichte war **Freizeit und Muße** das soziale **Privileg einer schmalen Schicht.** Der heutige Widerstand gegen die Arbeitszeitverkürzung ist unter anderem auch ein Ausdruck der Verteidigung dieses Privilegs. In einer demokratischen Gesellschaft, wie wir sie uns vorstellen, können Privilegien auf die Dauer jedoch nicht aufrechterhalten werden. Indem die Gewerkschaften das Privileg von Freizeit und Muße schrittweise beseitigen, kämpfen sie zugleich für die materiellen Voraussetzungen der Demokratie, der politischen und kulturellen Selbstbestimmung der arbeitenden Bevölkerung.

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Nun zu all jenen Argumenten, die in der Arbeitszeitverkürzung eine schwere **Belastung für die Wirtschaft** sehen. Wir wissen selbst, daß der Übergang von der 48- zur 40-Stunden-Woche nicht allgemein von heute auf morgen leicht möglich ist. Die bisherigen Abschlüsse und die gestellten Forderungen zeigen mit aller Deutlichkeit, daß wir auch bereit sind, eine stufenweise und den besonderen Bedingungen jedes Wirtschafts- und Industriezweiges angepaßte Arbeitszeitverkürzung zu akzeptieren. Dabei stellen wir fest, daß die bisherige Arbeitszeitverkürzung auf wirtschaftlichem Gebiet keine negativen, sondern positive Auswirkungen hatte. Sie hat dazu beigetragen, mit der Arbeitskraft sparsamer umzugehen, neue technische Verfahren einzuführen und insgesamt die Produktivität und Leistungsfähigkeit der Wirtschaft wesentlich zu erhöhen.

Die gleichen Argumente, die heute der 40-Stunden-Woche entgegengesetzt werden, wurden um die Jahrhundertwende bereits gegen den 8-Stunden-Tag ausgesprochen. Sie haben sich durch die Entwicklung selbst als falsch er-

wiesen. Genauso wie beim 8-Stunden-Tag wird eine rückschauende Betrachtung einst ergeben, daß mit der 40-Stunden-Woche eine neue Etappe der wirtschaftlichen Entwicklung eingeleitet wurde, die vermehrten Wohlstand unter menschenwürdigeren Bedingungen mit sich brachte.

Die Erfolge, die wir erringen konnten, sind uns nicht in den Schoß gefallen. Es ist kein Geheimnis, daß die Bundesvereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände — und in deutlicher Übereinstimmung mit ihr auch das Bundeswirtschaftsministerium — zwar öffentlich die Berechtigung der gewerkschaftlichen Forderungen anerkannte, aber in der Praxis der Arbeitszeitverkürzung entschiedenen Widerstand entgegensetzte.

Noch in aller Erinnerung ist das sogenannte **10-Punkte-Programm der Bundesvereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände**, in dem Lohn- und Gehaltserhöhungen und Arbeitszeitverkürzungen nur von einer weiteren Steigerung der Produktivität abhängig gemacht wurden. Man hielt uns scheinbar für einfältig genug, auf diese Weise anzuerkennen, daß die gegenwärtige Verteilung des Sozialprodukts gerecht sei.

Die Annahme dieses Programms hätte

die gegenwärtige ungerechte Einkommensverteilung in der Bundesrepublik verewigt,
das Ausmaß der Arbeitszeitverkürzung nach den ungünstigsten Wirtschaftszweigen ausgerichtet
und die Hebung des Lebensstandards der arbeitenden Menschen zu einer schematischen Angelegenheit zweifelhafter Statistiken und des Rechenschiebers gemacht.

Wir müssen leider immer wieder feststellen, daß die **Bundesregierung** im Prinzip der gleichen Auffassung huldigt. Die volkswirtschaftliche Konzeption der Bundesregierung ist demnach mit der Bundesvereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände identisch. Wir haben viele Beweise für die Identität der Auffassungen. Jedenfalls hat sich das in Gesprächen mit Vertretern der Bundesregierung und den Arbeitgeberverbänden immer wieder klar und eindeutig ergeben. **Bundesregierung und Arbeitgeberverbände** gehen also **Hand in Hand** vor. Man wirft sich gegenseitig die passenden Bälle zu! — Unter der Devise der volkswirtschaftlichen Verantwortung will man uns die gewerkschaftliche Bewegungsfreiheit nehmen. Die Tariffreiheit soll eingeschränkt werden. Man sagt: durch die Forderungen der Gewerkschaften sei die gesamte Wirtschaft in Gefahr, und die Stabilität der Währung sei bedroht. Staat und Gesellschaft gerieten in Unordnung, und es wäre an der Zeit, daß die Regierung Maßnahmen gegen den „Mißbrauch der Tariffreiheit" treffe. Die staatliche Zwangsschlichtung soll also her.

Wir wenden uns mit aller Schärfe gegen Bestrebungen, den Staat als **Zwangsschlichter** einzusetzen. Freie und unabhängige Gewerkschaften und freie Verhandlungen über Löhne und Arbeitszeitbedingungen zwischen den Tarifvertragsparteien in eigener Verantwortung sind wesentliche Bestandteile der politischen Demokratie. Sie zu schützen und aufrechtzuerhalten, wird immer und zu jeder Zeit unsere erste Aufgabe sein, und wir sind bereit, dafür unsere ganze gewerkschaftliche Kraft einzusetzen.

Mit der Arbeitszeitverkürzung steht im engsten Zusammenhang die Forderung unseres Aktionsprogramms nach Hebung des Lebensstandards durch

Erhöhung der Löhne und Gehälter für Arbeiter, Angestellte und Beamte. Seit langem verfolgen wir mit großer Sorge die Einkommensentwicklung in der Bundesrepublik. Bereits die Geldreform brachte die Unternehmer als Sachwertbesitzer in eine wesentlich günstigere Ausgangsposition als die Arbeitnehmer. Die dann folgenden wirtschaftspolitischen Maßnahmen der Bundesregierung waren nur geeignet, diese Situation noch zu verschärfen. Über hohe Preise, über eine ganze Reihe von Vergünstigungen der Einkommens- und Gewinnbesteuerung flossen den Unternehmern riesige Gewinne zu. Aber die Löhne und Gehälter blieben zurück. Von 1949 bis 1955 ging der Anteil der Nettolöhne und -gehälter am Sozialprodukt von 42,4 % auf 40,6 % zurück, obwohl die Zahl der Arbeitnehmer sich um mehr als 30 % erhöhte. Während es in diesen Jahren gelang, das durchschnittliche Geldeinkommen je Arbeitnehmer um 54,5 % zu steigern, erhöhte sich das Nettoeinkommen je Unternehmer um 93,1 %. Es stieg also fast um das Doppelte. Die **Unternehmer-Gewinne** waren so hoch, daß aus ihnen der größte Teil der Investitionen finanziert werden konnte. Die sogenannten nichtentnommenen Gewinne betrugen in den Jahren 1949 bis 1955 insgesamt 70,1 Milliarden DM. Noch im Jahre 1955 wurden 80 % aller industriellen **Investitionen** über die Preise finanziert. In der gleichen Zeit ging der **Anteil des privaten Verbrauchs** am Sozialprodukt der Bundesrepublik von 69 auf 56 % zurück.

Über die hohen Gewinne und verschiedenen steuerlichen Bestimmungen waren die Unternehmer in der Lage, sogenannte freiwillige Sozialleistungen in den Betrieben zu gewähren. **Uns kommt es darauf an, daß diese betrieblichen sozialen Leistungen tarifvertraglich gesichert werden** und damit ein Rechtsanspruch für die Arbeitnehmer gegeben ist. Auch das ist eine Forderung des Aktionsprogramms. Es ist ein Irrtum zu glauben, daß diese sozialen Leistungen ein Geschenk der Arbeitgeber darstellen. Ohne das Vorhandensein der Gewerkschaften und ohne die gewerkschaftlichen Vertrauensleute und Betriebsräte würden die meisten Unternehmer sich wohl kaum jemals mit der sogenannten „sozialen Betriebsgestaltung" beschäftigt haben.

Wir wollen keineswegs den Arbeitnehmern in den Betrieben, in denen bessere soziale Leistungen bestehen, diese nehmen. Im Gegenteil! Wir wollen jedoch, daß sie als das angesehen und behandelt werden, was sie sind: ein Teil des schwer verdienten, dem Arbeitnehmer zustehenden Lohnes oder Gehaltes.

Die aktive Lohn- und Gehaltspolitik, die im Aktionsprogramm gefordert wird, kann mit dazu beitragen, das Schicksal jener großen Zahl von Arbeitnehmerfamilien zu verbessern, die noch heute am Rande des Existenzminimums zu leben gezwungen sind. Sie kann den verhältnismäßigen Rückgang des privaten Verbrauchs in der Bundesrepublik abstoppen und dadurch mit eine Voraussetzung für die Stabilisierung und geradlinige Aufwärtsentwicklung der Wirtschaft schaffen. Sie kann die sozialen Spannungen und politischen Gefahren mildern, die aus der ungerechten Vermögensverteilung entstehen.

Wir können nicht anerkennen, daß der gegenwärtige **Anteil der Arbeitnehmer** an Löhnen und Gehältern von den Erträgen der Produktion richtig

und groß genug ist. Die Frage nach dem **gerechten** Lohn wurde schon oft und von vielen aus verschiedenen Betrachtungspunkten gestellt. Aber nahezu immer wurden die entscheidenden Gesichtspunkte außer acht gelassen.

Hätten sich die Gewerkschaften zu irgendeinem Zeitpunkt auf die Zusagen des Bundeswirtschaftsministers verlassen, wo wären wir da heute hingekommen? Die Lebenshaltung wäre gesunken! Keine seiner Zusagen ist bis heute eingetroffen. Mit einer erstaunlichen Zähigkeit zieht er landauf und landab und macht jeden, nur nicht sich selbst, für die Preisentwicklung verantwortlich. Die Gewerkschaften haben sich durch diesen Feldzug des Bundeswirtschaftsministers nicht beeinflussen lassen und immer wieder Lohn- und Gehaltserhöhungen gefordert.

In unserer Zeit wird zwar sehr viel von dem **Zusammenwirken des Kapitals**, der unternehmerischen Initiative **und der Arbeit** des Arbeitnehmers zur Herstellung von Produkten gesprochen. Es nutzt uns wenig, daß die Leistungen der Arbeitnehmer ideell anerkannt werden. Auch die materielle Anerkennung der abhängigen Arbeit ist notwendig! Mit der aktiven Lohnpolitik wollen wir auch die Ausgangspunkte für die Verteilung des Sozialproduktes verändern. Das muß stetig und unablässig geschehen. Es ist selbstverständlich, daß die Veränderung der Ausgangspunkte eine Veränderung im Denken derjenigen notwendig macht, mit denen wir es auf der Arbeitgeberseite zu tun haben. Allerdings haben wir wenig Hoffnung, daß die deutschen Unternehmer ganz von selbst bereit sein werden, ihren „Herr im-Hause-Standpunkt" aufzugeben.

Aber:

So positiv wir auch die Möglichkeiten einer aktiven gewerkschaftlichen Lohn- und Gehaltspolitik einschätzen, so deutlich müssen wir aber auch aussprechen, daß sie allein nicht in der Lage ist, die Grundzüge des herrschenden Wirtschaftssystems zu ändern. Die kapitalistische Marktwirtschaft beruht auf dem Prinzip des Privateigentums an den Produktionsmitteln. Dieses Prinzip schließt zwingend ein, daß der Unternehmer allein

> über Umfang und Zielrichtung der Produktion und der Investitionen, über den Preis seiner Produkte, über die Anwendung oder Nichtanwendung technischer Neuerungen, über seine Absatzpolitik usw.

entscheidet.

In einem Wirtschaftssystem, das so weitgehend von den alleinigen Entscheidungen der Unternehmer abhängt wie das der Bundesrepublik, leben wir immer **ständig am Rande der Krise.** Die Jahre des Aufschwunges nach der Geldreform, die gegenwärtige Vollbeschäftigung dürfen und können uns nicht in Sicherheit wiegen. Wie oft haben die Menschen in Zeiten der Konjunktur geglaubt, nun seien die Wirtschaftskrisen endlich überwunden. Aber immer wieder standen sie vor Tatsachen, wie Absatzrückgang und Massenarbeitslosigkeit. Kein verantwortungsbewußter Wirtschaftswissenschaftler kann heute mit Sicherheit sagen, wie unsere wirtschaftliche Situation im nächsten Jahr sein wird. Wenige Tage noch vor dem schwarzen Freitag an der New-Yorker Börse, der die Wirtschaftskrise der dreißiger Jahre einleitete, hat der berühmte amerikanische Nationalökonom Fisher alle Befürchtungen zurückgewiesen und von einer „langen Periode weiteren Aufstiegs" gesprochen.

Unsicherheit ist ein charakteristisches Kennzeichen der kapitalistischen Marktwirtschaft. Unter dem Einfluß des neoliberalen Dogmas hat die Bundesregierung es in der Vergangenheit versäumt, sich die von der modernen Wirtschaftswissenschaft entwickelten Einrichtungen zur Steuerung der Wirtschafts- und Konjunkturpolitik zu schaffen. Selbst die Ratschläge des wissenschaftlichen Beirates beim Bundeswirtschaftsministerium wurden nicht beachtet, und nicht einmal innerhalb des Kabinetts bestehen in wirtschaftspolitischen Fragen klare Vorstellungen. Die schwachen Ansätze zur Koordinierung der Konjunkturpolitik sind inzwischen versandet. Bekannt ist die jüngste Auseinandersetzung zwischen den Ministern Erhard und Lübke, die mit einem Sieg der preissteigernden Agrarschutzpolitik geendet hat. Diese Aufzählung könnte beliebig fortgesetzt werden. Jeder spürt, daß die Wirtschaftspolitik der Bundesregierung sich in Ratlosigkeit und Ohnmacht erschöpft. Das Geschwätz von der „Seelenmassage" — vom „Maßhalten" und das Gerede von „Üb immer Treu und Redlichkeit" helfen uns nicht weiter.

Wenn wir als Gewerkschafter eine planmäßige und zielbewußte, an den Interessen der breiten Bevölkerungsschichten orientierte Wirtschaftspolitik fordern, so vor allem, um die **Vollbeschäftigung** zu sichern. Die Sicherung des **Arbeitsplatzes,** wie wir sie in unserem Aktionsprogramm verlangen, kann nur auf diese Weise verwirklicht werden. Eine Wirtschaftspolitik in diesem Sinne muß umfassen:

> die Koordinierung und Lenkung der Investitionen,
> eine konjunkturfördernde Gestaltung der öffentlichen Haushalts-, Finanz- und Zollpolitik,
> den Abbau der Selbstfinanzierung und die Begünstigung des privaten Sparens,
> den Aufbau einer energischen Preiskontrolle, die Preissteigerungen verhindert,
> eine Verringerung der Handelsspannen und
> eine sinnvolle Typisierung und Normierung der Produktion,
> die volle Ausnutzung der internationalen Arbeitsteilung nicht nur durch Exporte, sondern auch Importe.

Die entscheidende Änderung, wie wir sie anstreben, liegt aber nicht so sehr in den wirtschaftlichen Einzelheiten, sie liegt vielmehr in einer grundsätzlichen Einstellung zur Wirtschaft überhaupt. Wir fassen das wirtschaftliche Geschehen nicht als unabwendbares Schicksal mit naturgesetzlichen Notwendigkeiten auf, sondern wollen es **gestalten!** Wir wollen freie Menschen sein in einer freien Welt und unsere wirtschaftliche Zukunft aus freier Entscheidung mitbestimmen.

Aus dieser Haltung, aus diesem Streben nach voller Gleichberechtigung der Arbeitnehmerschaft, ist die Forderung unseres Aktionsprogramms nach umfassender Mitbestimmung der Arbeitnehmer entstanden. Denn wirtschaftliche Macht bedeutet auch politische Macht.

Obwohl auf dem Gebiet der betrieblichen **Mitbestimmung** und auf Teilgebieten der Wirtschaft Ansätze für eine Neuordnung vorhanden sind, obwohl durch die gewerkschaftliche Aktivität immer aufs neue Teilerfolge erreicht wurden, dürfen wir uns nicht der Illusion hingeben, daß die Klassenscheidung durch die Entwicklung der Neuzeit als überholt angesehen werden kann. In der Gesellschaft, in der wir leben, sind Kapitalismus und Klassen geblieben! Die Entwicklung seit der Geldreform hat durch die einseitige Vermögensbildung alte Machtpositionen erneuert und neue geschaffen.
Die politische Entwicklung im Nachkriegsdeutschland mit immer stärkerer restaurativer Tendenz, von der ich bereits sprach, gibt zu ernsten Befürchtungen Anlaß. Die gewerkschaftliche Forderung nach Vergesellschaftung der Grundstoffindustrie wurde nicht verwirklicht, obwohl die beiden größten Parteien der Bundesrepublik sie in ihr Programm aufnahmen. Zwar konnte nach harten Auseinandersetzungen die Mitbestimmung bei Kohle und Stahl eingeführt werden, aber das vor einigen Monaten verabschiedete Gesetz über die Mitbestimmung in den Holding-Gesellschaften dieser Grundindustrien bedeutet bereits eine Verschlechterung. Der Forderung unseres Aktionsprogramms nach gesicherter Mitbestimmung in allen Betrieben und Verwaltungen kann auch nicht durch die Errichtung eines

Bundeswirtschaftsrates

entsprochen werden, wie ihn sich der Herr Bundeskanzler vorstellt. Wir haben nicht die Absicht, unsere Vorstellungen von einer umfassenden Beteiligung der Arbeitnehmer an den wirtschaftlichen Entscheidungen gegen das Linsengericht einiger Bundeswirtschaftsratssitze zu verkaufen. Eine Mitbestimmung auf überbetrieblicher Ebene, die den Arbeitnehmern und ihren Gewerkschaften einen entscheidenden Einfluß auf wirtschaftliche Geschehnisse verschafft, ist nicht vorhanden.
Es fehlt in der Bundesrepublik an einer funktionierenden Apparatur der wirtschaftlichen Demokratie, die lebensvoll und wirkungskräftig eine volkswirtschaftliche Planung durchführen kann. Hierzu gehört eine mehrstufige Mitbestimmung des überbetrieblichen Wirtschaftsgeschehens in Ländern und im Bund, wie wir sie in unseren Forderungen immer wieder geschildert haben. Wir sind uns aber auch darüber klar, daß es sich hier um eine Angelegenheit handelt, die nur auf politischer Basis verwirklicht werden kann und somit von den politischen Verhältnissen abhängt.
Die Vorstellung, ein Bundeswirtschaftsrat als Aufenthaltsort für nicht mehr wiedergewählte Bundestagsabgeordnete könne gewerkschaftlichen Forderungen entgegenkommen, ist absurd. Ein derartiger Bundeswirtschaftsrat kann keine maßgebliche Funktion im wirtschaftlichen Geschehen ausüben. Er würde genauso ein Schattendasein führen wie der vorläufige Reichswirtschaftsrat in der Weimarer Republik.

Kolleginnen und Kollegen!

Professor Preller hat zwar schon ausführlich über die sozialpolitischen Probleme gesprochen. Ich möchte aber trotzdem ein paar Bemerkungen zu der Forderung unseres Aktionsprogramms nach einem **Alter ohne Not** machen. Die Alters- und Invalidenrentner haben nach einem von Arbeit erfüllten Leben oder nach der Invalidisierung einen berechtigten Anspruch auf eine

angemessene Versorgung. Wenn wir den Kulturstand eines Volkes an dem messen, was es für seine Alten und Kranken tut, dann ist die Bundesrepublik ein **rückständiges** Land. Nach der neuesten Übersicht vom August 1955 beträgt die durchschnittliche Invalidenrente in der Bundesrepublik 89,70 DM und liegt das durchschnittliche Ruhegeld der Angestelltenversicherung bei 137,20 DM. Die Renten erreichen also noch nicht einmal die Höhe des Fürsorgesatzes. Wir sind der Meinung: Die Höhe der Alters- und auch der Invalidenversicherungsrente muß so geregelt sein, daß der in der Zeit der Arbeitsfähigkeit erarbeitete Lebensstandard weitgehend aufrechterhalten werden kann. Wir begrüßen daher alle Pläne, die einen engen Zusammenhang zwischen Arbeitseinkommen und Renten herstellen wollen, und fordern mit Nachdruck ihre baldige Verwirklichung. Leider stehen auch dieser Forderung wieder einmal wichtige Interessentengruppen entgegen. Wie so oft, wenn es sich um Forderungen der Arbeitnehmerschaft handelt, wird das Gespenst der Inflation an die Wand gemalt. Ich kann mich an keinen Fall in der Weltgeschichte erinnern, in dem Rentenerhöhungen zur Inflation geführt hätten. **Inflationen** sind bisher immer dadurch entstanden, daß zusätzliches Geld für **Rüstungszwecke** oder ähnliche unproduktive Aufgaben in die Volkswirtschaft gepumpt wurde. Inflationen waren bei uns in Deutschland **Folgen verlorener Kriege**. Auch die Behauptung, daß die Koppelung der Rentenhöhe mit der Lohnentwicklung inflationär wirken muß, ist Zweckpropaganda! Man übersieht absichtlich, daß Rentenzahlungen immer nur Einkommensübertragungen sind, die die Gesamtnachfrage in der Volkswirtschaft überhaupt nicht erhöhen. Sie gehen auch an der Tatsache vorbei, daß die Lohnerhöhungen in den einzelnen Industrie- und Wirtschaftszweigen in unterschiedlicher Höhe und zu unterschiedlichen Terminen erfolgen und daß die anschließende Anpassung der Renten ein Nachholen dieser Bewegungen ist, das zeitlich nicht unbedingt mit Lohnerhöhungen zusammenfallen muß.
Alle Arbeitnehmer werden eines Tages selbst Rentner sein. Deshalb sind wir in ganz besonderem Maße interessiert an diesem Problem und werden das Unsrige tun, um eine großzügige Rentenregelung auch durch unsere praktische Politik zu unterstützen.

Kolleginnen und Kollegen!

Ich möchte nun einige Ausführungen über die wirtschaftliche Nutzung und friedliche Verwendung der

Atomenergie

machen und zur

Automatisierung

Stellung nehmen.

Es kann nicht meine Aufgabe sein, die technischen Probleme ausführlich zu behandeln. Für uns sind in erster Linie die gewerkschaftspolitischen Zusammenhänge von Bedeutung.

Als wir das gewerkschaftliche Aktionsprogramm ausarbeiteten, waren die technischen und wirtschaftlichen Möglichkeiten der Automation und der friedlichen Verwendung der Atomenergie zwar bereits bekannt. Aber man wußte damals noch nicht näher abzuschätzen, wie schnell und in welchem

Umfange die Entwicklung vor sich gehen und welche Konsequenzen für unsere gewerkschaftliche Arbeit sich ergeben werden. Wir wissen heute, daß wir wahrscheinlich am Beginn einer Entwicklung stehen, die auch auf uns in der Bundesrepublik mit immer rascheren Schritten zukommt.

Zunächst einige Beispiele über die friedliche Verwendung von Kernenergie, die schon heute allgemein bekannt sind.

Sie dient nicht nur zur Erzeugung von Elektrizität, sondern dient bereits auch Schiffen und Flugzeugen als Antriebskraft. Radioaktive Isotope werden in fast allen Industriezweigen verwendet.

Seit Jahren verdrängen Kunststoffe in immer größerem Ausmaß natürliche Werkstoffe, wie Seide, Wolle, Bleche, Gummi, Glas und Holz. Bei der Verwendung von Radioisotopen eröffnen sich ganz neue Perspektiven. Die neuen Möglichkeiten sind nahezu unendlich groß. Niemand kann heute genau sagen, wie und wie schnell sich die friedliche Verwendung von Kernenergie auswirken wird. Fest steht jedoch, daß die USA, Sowjetrußland und England bereits Atomkraftwerke in Betrieb genommen haben.

Durch die im vorigen Jahr in Genf abgehaltene Internationale Konferenz der Atomwissenschaftler wurde uns klar, welcher Fortschritt in der friedlichen Verwendung und Weiterentwicklung dieser ursprünglichen Naturkraft liegen kann. Bei der Geschwindigkeit unseres technischen und wirtschaftlichen Fortschrittes wird in den nächsten Jahrzehnten die Energieerzeugung mindestens verdrei-, vielleicht sogar vervierfacht werden müssen. Die althergebrachten Energieträger Kohle und Öl werden dabei mehr und mehr durch die Kernbrennstoffe Uran und Thorium verdrängt und ergänzt. Ein Kilogramm Uran liefert zweimillionenmal soviel Energie wie ein Kilogramm Kohle. Welche Entwicklungsmöglichkeiten sich hier auftun, wird jedem an diesem Vergleich klar. Und wir stehen erst am Anfang dieser Entwicklung!

Auch in der Bundesrepublik haben die Versuche zur Erzeugung und Ausnutzung der Atomkraft eingesetzt. Versuchsreaktoren werden erstellt, große Finanzgesellschaften haben sich gebildet, und die Bundesregierung hat ein Atomgesetz vorbereitet. Dieses Gesetz soll sobald wie möglich von dem Bundestag verabschiedet werden. Wir haben den Eindruck, daß sich in der ganzen Anlage des Gesetzentwurfes eine Auffassung über das Atomproblem dokumentiert, die den zur Entscheidung stehenden Fragen in keiner Weise gerecht wird.

Während die einsichtigen Menschen in allen Ländern erkannt haben, daß die Ausnutzung der Kernenergie nicht in das Belieben der Privatinitiative gestellt werden darf, versucht man in der Bundesrepublik, gerade diesen Weg einzuschlagen. In einer Zeit, in der die Grundstoffindustrien zur Vergesellschaftung reif sind, soll eine neue Grundstoffindustrie von so ungeheurer Bedeutung für die Menschheit dem privaten Macht- und Gewinnstreben von vornherein preisgegeben werden. Es ist jetzt schon völlig klar, daß die Errichtung von atomaren Kraftwerken sehr großer Mittel bedarf, die nur durch die öffentliche Hand oder aber von Weltkonzernen oder Konzerngruppen aufgebracht werden können. Dabei würden sich um diese Konzerne und Kartelle zwangsläufig Monopole in wesentlich schärferer Ausprägung bilden, als dies bei den alten Grundstoffindustrien der Fall war.

Auf der anderen Seite müssen die Gefahren berücksichtigt werden, die durch die Entfesselung unbekannter und noch nicht völlig erforschter Naturkräfte hervorgerufen werden. Wenn wir heute von den schweren gesundheitlichen Schädigungen durch Atombomben-Versuche hören und vor wenigen Tagen von der radioaktiven Verseuchung von Weiden und Nahrungsmitteln in der Bundesrepublik erfahren haben, dann ist zu befürchten, daß selbst die Verwendung atomarer Energie für friedliche Zwecke ähnliche unkontrollierbare Wirkungen erzeugen kann.

Die bisherige Entwicklung auf dem Gebiet der Kernenergie in der Bundesrepublik hat eindeutig gezeigt, was man von einer Atomwirtschaft unter den Bedingungen des freien Wettbewerbs zu erwarten hat. Die größten deutschen Konzerne haben sich zu Finanzierungs- und Studiengesellschaften zusammengeschlossen. Schon heute wird, unter Duldung der Regierung, durch gemeinsame Projekte und monopolpolitische Absprachen die Atomwirtschaft einer demokratischen Kontrolle entzogen. Investitionsaufwendungen und Risiko werden bereits heute auf den Steuerzahler, über die Preise auf den Verbraucher und damit auf die Arbeitnehmer abgewälzt. Das Atomgesetz muß Schutzbestimmungen gegen private Monopole bzw. monopolpolitische Absprachen enthalten. Es kann nicht nur die Haftungsfrage regeln, sondern muß dazu beitragen, die Menschen vor gefährlichen Auswirkungen zu schützen und den zu erwartenden wirtschaftlichen Strukturwandlungen zu begegnen.

Es wäre unverantwortlich, wenn man die Atomwirtschaft einem „freien Wettbewerb" überlassen würde.

Notwendig ist die größtmögliche Sicherheit für die gesamte Bevölkerung!

Notwendig ist eine lückenlose demokratische Kontrolle!

Notwendig ist, daß die Ausgangs- und Kernbrennstoffe Gemeineigentum werden; notwendig ist die demokratische Kontrolle von Produktion und Verwertung der Ausgangs- und Kernbrennstoffe.

Notwendig sind nicht zuletzt ausreichende Maßnahmen zum Schutze der Bevölkerung gegen alle auftretende Gefahren!

Diese Aufgaben erfordern eine enge Zusammenarbeit in Europa und in der ganzen Welt!

Kolleginnen und Kollegen!
Verehrte Gäste!

Auch die **Automatisierung** mit ihren weitreichenden und tiefgreifenden Auswirkungen ist eines der großen Probleme, vor die wir als Gewerkschaften gestellt sind. Ihre Lösung in Angriff zu nehmen, ist eine kulturelle Aufgabe. Wir haben keine Zeit zu verlieren, und nichts wäre schädlicher, als in der Automatisierung lediglich ein Zukunftsproblem zu sehen.

Wir wissen, daß insbesondere in den Vereinigten Staaten und in der Sowjetunion — den beiden Angelpunkten des politischen Geschehens unserer Gegenwart — auf diesem Gebiet schon vieles geleistet wurde. Die Berichte und Meldungen, die wir hierüber so oft in der Tages- und Fachpresse finden, dürfen uns aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß auch bei uns in der Bundesrepublik die Automatisierung bereits im Gange ist. Auch

bei uns ist — wenn man den weitergefaßten, schon zum Schlagwort gewordenen Begriff verwenden will — das Zeitalter der zweiten industriellen Revolution schon angebrochen. Man sagt heute vielfach, daß die Automatisierung nichts mit einer Revolution des Wirtschaftsablaufes zu tun habe, weil sie nicht von heute auf morgen eintreten werde. Vergessen wir doch nicht, daß auch die erste industrielle Revolution, die durch die Erfindung der Dampfmaschine eingeleitet wurde, sich in einem jahrzehntelangen Prozeß vollzog. Niemand wird bestreiten können, daß ihre Auswirkungen revolutionierend waren.

Es ist das Kennzeichen der Revolutionen, daß sie die materiellen und geistigen Existenzbedingungen der von ihr betroffenen Menschen grundlegend verändern.

Es ist eine Lebensfrage für alle in abhängiger Arbeit stehenden Menschen, sich nicht von der zweiten industriellen Revolution überraschen zu lassen.

Wir sind keine Maschinenstürmer! Wir fürchten nicht die Automatisierung und wissen sehr wohl, daß sie — vernünftig und sozial angewandt — die physischen Anstrengungen der arbeitenden Menschen verringern und zu einem höheren Lebensstandard führen kann.

Die Übertragung von Funktionen auf Maschinen, die bisher von Menschen wahrgenommen wurden, wird zwangsläufig dort, wo die Produktion oder die Verwaltungsarbeit automatisiert wird, zu einer Freisetzung von Arbeitskräften führen. Wir glauben jedoch, daß die

Gefahr der technologischen Arbeitslosigkeit

gebannt werden kann. Unser Aktionsprogramm, insbesondere die Arbeitszeitverkürzung, gewinnt dabei eine neue und große Bedeutung.

Herr Bundespostminister **Balke** erklärte vor wenigen Tagen, daß eine „vorübergehende technologische Arbeitslosigkeit" sich im Gefolge der Automatisierung „kaum vermeiden lasse". Gerade gegen solche Auffassung wenden wir uns mit aller Entschiedenheit!

Die Vorgänge in England haben gezeigt, wie wichtig es ist, betriebliche Automatisierungsmaßnahmen nicht allein vom technischen und kostenmäßigen Standpunkt aus zu planen. Auch die Auswirkungen auf die betroffenen Arbeitnehmer müssen vorher untersucht werden.

Wir befürchten, daß die Automatisierung von Not, Unruhen und Arbeitslosigkeit begleitet sein wird, wenn sie ausschließlich unter dem Gesichtspunkt des privaten Interesses und des zu erzielenden Gewinns erfolgt.

Wir werden aber nicht nur vor den Gefahren einer Massenarbeitslosigkeit stehen, sondern auch vor den Veränderungen der Berufsqualifikationen, die berufliche Umstellungen und Umschichtungen mit sich bringen. **Es muß vorher überlegt werden, welche Kräfte umzuschulen sind, welche man umsetzen kann und was man für die freiwerdenden Arbeitskräfte tun kann und muß. Daher müssen wir verlangen, daß kein Automatisierungsvorhaben ohne vorherige Beratung mit den Gewerkschaften durchgeführt wird. Es muß sichergestellt werden,** daß die betroffenen Arbeitnehmer nicht plötzlich und ohne Übergang vor einer Situation stehen, die für ihr persönliches Schicksal einschneidende Bedeutung haben kann.

Es wird sich bei einer fortschreitenden Automatisierung zeigen, daß die bisherigen Methoden der Allgemein- und Berufsausbildung nicht ausreichen, um

den Anforderungen gerecht zu werden, welche die Bedienung der nunmehr äußerst komplizierten Anlagen an den arbeitenden Menschen stellen. Es werden ungleich mehr Techniker und hochqualifizierte Facharbeiter als bisher benötigt werden. Eine Reform unseres heute noch auf längst überholten Grundsätzen aufbauenden Schul- und Bildungswesens ist damit unerläßlich. Jeder Begabte muß finanziell in die Lage versetzt werden, alle Ausbildungsmöglichkeiten wahrzunehmen. Bildung darf nicht länger das Privileg der Besitzenden sein!

Auch die Wissenschaftler und ihre Assistenten müssen so gestellt werden, daß ihnen großzügige und unabhängige Forschung möglich wird.

Unmittelbar auswirken wird sich vor allem die Automatisierung auch auf die Lohngestaltung.

Der Tarifvertrag

in der herkömmlichen Form wird vielfach nicht mehr ausreichen.

Es gibt schon eine ganze Reihe von Beispielen, die uns zeigen, daß Arbeitnehmer in automatisierten Fertigungsprozessen nach **betrieblichen Faustregeln** ohne jede Rücksicht auf Tarifverträge entlohnt werden. Akkordarbeit und die Entlohnung nach dem Akkordsystem verlieren in automatisierten Betrieben an Bedeutung, da keine durch den Arbeiter beeinflußbare Zeiten mehr vorhanden sind. Auch die Probleme der Arbeitsbewertung, der Zeit- und Bewegungsstudien werden neu überlegt werden müssen. Es wäre auch zu prüfen, ob der von unseren amerikanischen Bruderorganisationen beschrittene Weg zum garantierten Jahreslohn nicht auch für die Verhältnisse in der Bundesrepublik eine gangbare Lösung darstellt. Auf jeden Fall muß dafür gesorgt werden, daß die Unternehmer die **sozialen** Kosten der Automatisierung in ihre allgemeinen Kostenrechnungen einbeziehen.

Mit der Automatisierung werden auch tiefgreifende Veränderungen in der Struktur der Beschäftigten und des gesamten gesellschaftlichen Gefüges verbunden sein. Die neue Produktionsweise wird auch schon heute vorhandene Tendenzen verstärken und neue mächtige Managergruppen hervorbringen. Wir werden gut daran tun, dies bei der Gestaltung unserer zukünftigen gewerkschaftlichen Politik in Rechnung zu stellen, um mit dieser Entwicklung Schritt zu halten. Es liegt auf der Hand, daß die fortschreitende Technisierung des Wirtschaftsablaufes die gesamte Geistes- und Lebenshaltung der Menschen beeinflussen wird. Ob diese den Menschen zum Fluch oder Segen gereichen, hängt nicht zuletzt von den Menschen selbst ab. Die Gefahr ist durchaus gegeben, daß der Mensch durch die Technik zu einem roboterähnlichen Wesen wird, dessen Schicksal von der Technik allein bestimmt wird. Die Menschen dürfen aber nicht zu Dienern der Technik herabsinken, sondern die Technik muß Dienerin der Menschen sein.

Die Automatisierung wird die **Gütererzeugung** erheblich steigern. Und da ist die Frage durchaus berechtigt, ob nicht eines Tages der Verbrauch der durch die Automatisierung stark ausgeweiteten Produktion über

Rüstung und Krieg

gesucht werden wird. Wir wollen diese Frage lediglich aufwerfen. Sie zeigt mit nicht zu überbietender Deutlichkeit, daß in einer automatisierten Wirtschaft Plan- und Konzeptlosigkeit sehr leicht ins Verderben führen können.

Sie zeigt, daß der größere Produktionsausstoß durch den automatisierten Betrieb einen größeren und vor allem kontinuierlichen Absatz verlangt. Mit anderen Worten: Das Einkommen der Menschen in einer automatisierten Wirtschaft muß so bemessen sein, daß sie das Mehr an erzeugten Gütern auch kaufen können. Bei der derzeitigen Aufteilung des Sozialproduktes ist diese Voraussetzung nicht gegeben. Auch hier wird der enge Zusammenhang offenkundig, der zwischen den Forderungen des Aktionsprogramms und der Automatisierung besteht.
Die Automatisierung kann nur verwirklicht werden durch die Investition gewaltiger Kapitalien. In unserer derzeitigen Wirtschafts- und Gesellschaftsverfassung würde das bedeuten, daß noch stärker als bisher sich das Kapital und damit zugleich gesellschaftspolitische Macht in den Händen weniger konzentriert. Dies birgt schwerwiegende Gefahren in sich, die sich nur durch eine grundlegende Neuordnung beheben lassen.

Das Mitbestimmungsrecht
erhält im Zusammenhang mit der Automatisierung eine vollkommen neue und dringliche Bedeutung.

Die Unternehmer sind geneigt, betriebliche Automatisierungsmaßnahmen allein vom Standpunkt der technischen Durchführbarkeit und der günstigen Kostengestaltung zu planen. **Wir** haben dafür zu sorgen, daß man den **Menschen** nicht vergißt!

Und noch eins:
Die Automatisierung findet nicht nur in der Industrie Eingang, sondern auch bei den Banken und Versicherungen, in der Verwaltung und im Handel. **Nicht nur der Arbeiter wird von ihr betroffen, sondern auch Angestellte und wahrscheinlich auch Beamte.**
Mit aller Deutlichkeit stellen wir fest: Die Gewerkschaften können und wollen das neue Zeitalter nicht aufhalten. Im Gegenteil! Je schneller die Erkenntnisse benutzt werden, um so schneller kann unter bestimmten Voraussetzungen der Lebensstandard aller Menschen gesteigert, unser Streben nach einem besseren und sicheren und glücklicheren Leben für alle realisiert werden.
Es wird dabei nicht ohne Kämpfe abgehen! Wir werden dafür zu sorgen haben, daß die zweite industrielle Revolution — die Verwendung von Kernenergie und die Automatisierung — nicht auf Kosten und zu Lasten der Arbeitnehmer geht!
Wir stehen vor der bangen Frage, ob die zweite industrielle Revolution der Menschheit Not und Elend oder Wohlstand und sozialen Fortschritt bringt.
Es wird wesentlich davon abhängen, ob es uns gelingt, den Frieden in der Welt zu sichern.
Die internationale freie Gewerkschaftsbewegung fordert deshalb eine umfassende und kontrollierte Abrüstung! Wir fordern mit allen Menschen, die guten Willens sind, die sofortige Einstellung der Atom- und Wasserstoffbombenversuche in der ganzen Welt.
Kolleginnen und Kollegen!
Es ist die Frage aufzuwerfen, ob die Verwendung spaltbaren Materials und der immer mehr um sich greifende Automatisierungsprozeß nicht ein neues Aktionsprogramm notwendig machen. Ich glaube, daß unser auf Nahziele abgestelltes Aktionsprogramm und die Münchner Grundsatzforderungen

zunächst ausreichen, um mit den jetzigen Problemen fertig zu werden. Erst die Durchsetzung unserer **aktuellen** Forderungen wird uns die Kraft und Möglichkeit geben, die anderen Probleme mit Erfolg zu lösen!

Wir dürfen uns im Augenblick durch die Zukunftsfragen nicht ablenken lassen — obwohl wir sie in ihrer Bedeutung keineswegs unterschätzen — von den Aufgaben, die **unmittelbar** vor uns stehen.

Über die Notwendigkeit der kürzeren Arbeitszeit, über die aktive Lohn- und Gehaltspolitik, über eine gesicherte Mitbestimmung sowie über größere soziale Sicherheit — alles Forderungen unseres Aktionsprogramms — habe ich schon gesprochen.

Aber es bleiben viele wichtige Probleme noch übrig, die ich wenigstens streifen möchte.

Wir fordern: Verbesserten Arbeitsschutz!

Bedarf diese Forderung noch immer einer besonderen Begründung, angesichts der erschütternden Ereignisse in der letzten Zeit, die den arbeitenden Menschen an seinem Arbeitsplatz ereilten?
Ich denke dabei an die furchtbare Grubenkatastrophe in Marcinelle, bei der Hunderte von Bergleuten ihr Leben lassen mußten.
Ich erinnere an die große Zahl von Opfern und Toten, die täglich an ihrem Arbeitsplatz Gesundheit oder Leben einbüßen. Allein im vergangenen Jahre starben 5 600 Menschen an den Folgen von Berufsunfällen und rund 2 Millionen wurden verletzt. Diese für sich sprechenden Zahlen sind anläßlich der Unfallverhütungswoche dieses Jahres bekannt geworden.
Es muß alles getan werden, um Gesundheit und Leben jedes einzelnen so weit wie möglich zu schützen.

Die

Lohnfortzahlung bei Krankheit

für die Dauer von 6 Wochen

auch für Arbeiter

ist eine weitere Forderung des Aktionsprogramms und von höchster Aktualität. Wenn auch dem Bundestag ein Gesetzentwurf vorliegt, mit dem die Gleichstellung mit den Angestellten herbeigeführt werden soll, so geht doch unser Bestreben in erster Linie auf **tarifvertragliche** Vereinbarung der Lohnfortzahlung für Arbeiter. Wir können nicht auf Erfüllung unseres berechtigten Anspruches bis zu einer Entscheidung des Parlaments warten.
Durch tarifliche Vereinbarung soll auch die Forderung nach einem **Urlaubsgeld** verwirklicht werden. Die vorhandenen Urlaubsgesetze regeln nur die Bezahlung der durch Urlaub ausfallenden Arbeitszeit. Damit ist aber noch nicht die Voraussetzung zu einem Urlaub außerhalb der Großstädte, der Produktionszentren, „in anderer Luft" geschaffen. Erst durch die Gewährung eines zusätzlichen Urlaubsgeldes kann diese dringende Notwendigkeit erfüllt werden.
Betriebliche

Urlaubsbeihilfen

und betrieblich gewährte

Weihnachtsgratifikationen

sind keine sozialen Sonderleistungen. Sie sind vielmehr nur ein geringer Bruchteil der den Arbeitnehmern vorenthaltenen Lohn- und Gehalts-

bestandteile. Deshalb ist es um so beschämender, wenn Jahr für Jahr um diese Weihnachtsgratifikationen gehandelt und verhandelt werden muß und sehr oft bis zum letzten Augenblick Unklarheit darüber besteht, ob und in welcher Höhe sie bezahlt werden. Es ist an der Zeit, daß diese Weihnachtsgratifikationen tarifvertraglich vereinbart und damit zu einem sicheren Bestandteil der Arbeitsbedingungen werden.

Wie wenig sozial die Verhältnisse in der Bundesrepublik tatsächlich sind, zeigt sich in der Behandlung des Problems der Bezahlung

weiblicher Arbeitnehmer.

Wenn auch die Rechtsprechung die uns aufgezwungenen Frauenabschläge in den Tarifverträgen für null und nichtig erklärt hat und wir neue Verträge mit Frauenabschlägen nicht mehr abschließen werden, so stoßen wir doch nahezu immer in den Verhandlungen über die Lösung dieses Problems auf sehr wenig Verständnis bei den Arbeitgebern. Es wird noch eines zähen Ringens bedürfen, um endlich unseren Frauen und Mädchen die ihnen zustehenden Ansprüche zu sichern.

Kolleginnen und Kollegen!

Ich habe schon am Beginn meines Referates auf die besonderen Probleme hingewiesen, vor denen jene Gewerkschaften stehen, die den

öffentlichen Dienst

als Arbeitgeber und Tarifpartner haben. Mit aller Deutlichkeit muß einmal gesagt werden, daß es unerträglich ist, daß Staat, Länder und Gemeindebehörden und die öffentliche Wirtschaft ein **Bremsklotz** des sozialen Fortschritts darstellen, **statt Schrittmacher** zu sein, wie es ihre eigentliche Aufgabe wäre. Jene Auffassungen sind irrig, die da meinen, daß es sich hier um Sonderwünsche einer privilegierten Beamtenschicht handele, die uns nur am Rande interessieren könnten. Davon kann gar keine Rede sein! Die große Masse sind kleine und mittlere Beamte, die die gleichen Sorgen und Nöte wie alle Arbeitnehmer haben. Und im öffentlichen Dienst und in der öffentlichen Wirtschaft sind ja nicht nur Beamte tätig, sondern auch Arbeiter und Angestellte in großer Zahl. Es kann nicht länger angehen, daß sie wie Stiefkinder behandelt werden, nur weil mächtige private Unternehmergruppen ihren politischen Einfluß mißbrauchen, weil sie die Auswirkungen einer fortschrittlichen Tarifpolitik der öffentlichen Hand auf die private Wirtschaft fürchten.

Wie dringlich unsere Forderung nach Arbeitszeitverkürzung auch für die Menschen im öffentlichen Dienst ist, dafür ein paar Beispiele:

Nach einer Untersuchung von Professor Marchionini von der Universität München beträgt die Sterblichkeit an Herz- und Kreislaufkrankheiten — also typische Überlastungserscheinungen — bei den Angehörigen des öffentlichen Dienstes 54 %. Die vorzeitige Dienstunfähigkeit steigt laufend an! So beträgt z. B. das durchschnittliche Pensionsalter bei dem fahrenden Personal der Bundesbahn 59 Jahre.

Wir lesen von Zeit zu Zeit Nachrichten über Unfälle an Bahnschranken. Es kann gar kein Zweifel darüber bestehen, daß die erhöhte Unfallhäufigkeit

durch Überlastung — durch mangelnde Konzentrationsfähigkeit — der Menschen verursacht ist.

Wenn wir uns den Bericht des Internationalen Arbeitsamtes vom 1. November 1953 über die Arbeitszeit im **öffentlichen Dienst** ansehen, dann steht unsere Bundesrepublik an der Spitze — mit der **längsten** Arbeitszeit — während selbst Länder wie Japan mit 44, Irland mit 42 und Finnland mit 35 bzw. 37 Stunden pro Woche uns weit überholt haben.

Die 5-Tage- und 40-Stunden-Woche ist also auch und gerade für den öffentlichen Dienst eine vordringliche Forderung.

Man komme nicht mit dem Einwand, daß das Publikum kein Verständnis dafür haben würde. Das Publikum ist nicht an einer langen Arbeitszeit interessiert und auch nicht daran, daß am Sonnabend gearbeitet wird, sondern an einer Verwaltungsvereinfachung und Entbürokratisierung, daß seine Angelegenheiten schnell behandelt werden.

In der Arbeitsverwaltung von Baden-Württemberg wurden Untersuchungen über die Wirkung der 5-Tage-Woche, die dort probeweise eingeführt wurde, vorgenommen. Es stellte sich dabei heraus, daß die Postausgänge, die behandelt wurden, in einem Monat **ohne** freien Samstag 6 808 betrugen und in einem Monat **mit** 3 freien Samstagen keineswegs rapid absanken — im Gegenteil — auf 6 878 angestiegen sind.

Nun, dieses Beispiel bestätigt ja nur die gleichen Erfahrungen, die in der privaten Wirtschaft gemacht worden sind.

Überdies gäbe es eine ganze Reihe von Möglichkeiten, die Tätigkeit der Menschen im öffentlichen Dienst zu vereinfachen und zu erleichtern. Eine Überprüfung der Vorschriften über die Bereitschaftszeiten bei Eisenbahn, Polizei, Feuerwehr usw. könnte da so manche Früchte zeitigen. Notwendig wäre die Aufhebung überholter Bestimmungen und eine Eindämmung der Gesetzesinflation, denn jetzt kennen sich selbst geschulte Beamte nicht mehr aus und müssen Dutzende von Gesetzen und Kommentaren nachlesen, um in etwas komplizierten Fällen sich zurechtzufinden.

Man klagt über die mangelnde Erziehung unserer Kinder in den Schulen. Wer denkt aber an die oft unerträgliche **Überbeanspruchung der Lehrer** in Schulklassen mit 40 und 50 Kindern und den immer noch vorhandenen Schichtunterricht?

Es ist ein Irrtum anzunehmen, daß es im öffentlichen Dienst leichter als in der privaten Wirtschaft ist, günstigere Tarife zu vereinbaren! Die Schwierigkeiten sind teilweise viel größer. Wenn es dennoch bereits gelungen ist, für einzelne Betriebe und Verwaltungen Erfolge zu erzielen, ist das um so bedeutungsvoller.

So ist es z. B. im Bereiche des Gesundheitswesens gelungen, in der Arbeitszeitverkürzung einen großen Schritt vorwärts zu tun.

Die Arbeitszeit für das gesamte Pflegepersonal im Gesundheitsdienst betrug noch bis zum Juli dieses Jahres 60 Stunden. Und wenn wir auch da noch sehr weit entfernt sind von unseren Wünschen und Zielen, so ist es doch erreicht, daß ab 1. Juli die Arbeitszeit um 6 Stunden wöchentlich herabgesetzt wurde.

Oder, um ein anderes Beispiel zu geben:

In den Hamburger Gaswerken beträgt jetzt die wöchentliche Arbeitszeit zwischen **42 und 45½** Stunden.

Es ist der ÖTV auch gelungen, für alle Arbeiter und Angestellten des öffentlichen Dienstes eine Weihnachtsgratifikation tarifvertraglich zu vereinbaren,

wenn auch die Höhe dieser Zuwendung keineswegs ihren Forderungen entspricht.
Wir sehen also, wie die Forderungen des Aktionsprogramms von größter Bedeutung auch für die arbeitenden Menschen im öffentlichen Dienst sind!

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Nun zu den Forderungen des Aktionsprogramms, die unsere

Jugend

betreffen, die Jugend, die uns ganz besonders am Herzen liegt. Die Jugend wird in den Arbeitsprozeß eingegliedert, obwohl sie vielfach weder die körperliche noch die geistige Reife hat, um mit den an sie gestellten Anforderungen fertig zu werden. Wir stellen mit Genugtuung fest, daß unsere Jugend heute eine eigene Meinung hat und nicht wie früher vor einer Äußerung ihrer Überzeugung zurückschreckt. Allerdings haben wir den Verdacht, daß mit unlauteren Mitteln versucht wird, die Meinung dieser Jugend zu diffamieren.
Es gibt heute kaum eine Diskussion über Jugendprobleme, in der nicht spätestens nach fünf Minuten das Wort

„Halbstarke"

fällt. In Zeitungen, Illustrierten und Rundfunksendungen, überall und immer wieder stoßen wir auf jenen Begriff, der sich nachgerade zu einem Schlagwort im übelsten Sinne entwickelt. Es wird die Vorstellung erzeugt, als sei für diese Jugend nur ein Mittel noch anwendbar, die Unterwerfung unter eine militärische Erziehung.
Wir bestreiten nicht, daß Jugendliche Übergriffe begehen. Das gab es aber zu allen Zeiten und besonders nach verlorenen Kriegen. Nach 1945 waren die Grundlagen unseres politischen Lebens völlig erschüttert. Diese Erschütterung haben die jungen Menschen in ihren Familien und in ihrer Umwelt nicht aufgefangen. Überall sahen sie Flucht aus der Gemeinschaft in den Egoismus, eine Welt, in der krasser Eigennutz herrschte,

> die Übervorteilung schwächerer Menschen oberster Grundsatz der Gesellschaftsordnung ist, in der man den Menschen nicht nach der Persönlichkeit und nicht nach Idealen wertet —

sondern nach der Größe seines Autos und danach, wieviel Geld er in kürzester Zeit „gemacht" hat.
All das sollte einmal mit unmißverständlicher Deutlichkeit jenen klargemacht werden, die ständig auf „diese Jugend von heute" schimpfen und Redensarten im Munde führen wie

„Als ich noch jung war, gab es so etwas nicht"
„Unsere Jugend ist von A bis Z verdorben"

und was dergleichen Phrasen mehr sind. Die Jungen und Mädel der Gegenwart sind keinen Deut schlechter als ihre Mütter und Väter, als ihre Großeltern es in ihrer Jugend waren. Gewiß hat jede Generation ihre eigenen Probleme, aber es ist das Jugendproblem schlechthin, das als große Aufgabe vor uns steht und dessen Lösung uns auf den Nägeln brennt.

Es ist eine Beleidigung für die schwer arbeitende und all den Unsicherheiten unserer in Wandlung begriffenen Zeit ausgesetzte Jugend, wenn bestimmte Jahrgänge mit dem Begriff „halbstark" diffamiert werden. Man muß diese jungen Menschen zu verstehen suchen. Verstehen bedeutet nicht dulden oder billigen. Es bedeutet nur die Erkenntnis, daß man hier mit anderen Instrumenten als Gummiknüppeln und militärischer Erziehung einzugreifen hat. Diese Jugend hat oft keine geregelten Familienverhältnisse. Voraussetzung eines normalen Familienlebens ist die Lösung des noch immer dringlichen Wohnungsproblems. Vor allen Dingen muß berücksichtigt werden, daß Hunderttausende berufstätiger Frauen, deren Männer im Krieg umgekommen sind, ihr und ihrer Kinder Brot selbst verdienen müssen und dadurch die jungen Menschen in den entscheidenden Lebensjahren wesentlich sich selbst überlassen sind. In hervorragendem Maße wird das Leben junger Menschen auch durch die Schule und die Berufsausbildung beeinflußt. Deshalb kommt es auch darauf an, diese Schulverhältnisse nach den besten und modernsten Grundsätzen der Pädagogik zu gestalten.
Die dauernden Veränderungen der beruflichen Qualifikationen, die die moderne Industrie mit sich bringt, die Spezialisierung der Arbeitsverrichtungen, die den einzelnen Arbeiter an eine mechanische Teilarbeit bindet, schließlich die Anforderungen, die die Demokratie an den einzelnen stellt, wenn er seine Rechte wirklich vertreten und ausfüllen soll, **alles dies verlangt eine Veränderung der Schulausbildung.**
Wir müssen daher nicht nur für eine Verlängerung der Schulzeit und die

Einführung des 9. Schuljahres

eintreten, über deren Notwendigkeit unter den pädagogischen und sozialen Wissenschaftern kein Zweifel besteht. Wir müssen uns darüber hinaus für eine **Anpassung der Lehrpläne** und der Lehrgegenstände an den heutigen Entwicklungsstand und die Entwicklungstendenzen der industriellen Gesellschaft überhaupt einsetzen.
Als Leitlinien sollten uns dabei dienen, daß die Volksschulen instandgesetzt werden müssen, einerseits diejenigen Kenntnisse zu vermitteln, die eine größtmögliche berufliche Vielseitigkeit gewährleisten, andererseits aber jene Bildungselemente zu vermitteln, die ein Gegengewicht gegen die einseitig berufliche Spezialisierung sind und die Voraussetzungen für eine kritische und vernünftige Orientierung in der modernen Gesellschaft schaffen.
Das gleiche gilt auch für das Berufsschulwesen. Wir brauchen eine Berufsschulausbildung, die nicht nur auf den Handwerker, sondern auch auf den modernen Industriearbeiter zugeschnitten ist.
Von allen Studierenden der deutschen Hochschulen waren 1953 nur 4 % Kinder von Arbeitern. Die Abschaffung des Bildungsprivilegs ist nicht nur eine wirtschaftliche, sondern auch eine politische und kulturelle Frage. Lehrmittelfreiheit und Schulgeldfreiheit in höheren Schulen wie auch unentgeltliche Ausbildung an Hochschulen und Universitäten sind unabdingbare Voraussetzungen!
Besonderer Schutz muß der Jugend gewährt werden, die in das Arbeitsleben eintritt. Es ist beschämend, daß bis heute vom Parlament noch kein

Jugendschutzgesetz

moderner Prägung verabschiedet wurde. Ein neues Jugendschutzgesetz muß

besonderen Wert darauf legen, daß die Arbeitskraft des jungen Menschen nicht ausgebeutet, sondern sorgsam herangebildet wird. Zu dem Jugendschutzgesetz muß ein fortschrittliches

Berufsausbildungsgesetz

kommen. Durch solche Maßnahmen und die allgemeine Verbesserung des sozialen Zustandes in der Bundesrepublik wird mehr erreicht als durch polizeiliche Eingriffe gegen übermütige oder überschäumende Jugendliche, mißgeleitete junge Menschen. Soweit für diese Maßnahmen zusätzliche Geldmittel notwendig sein sollten, sind sie besser angewandt als bei der Erstellung von Kasernen und der kostenfreien Abgabe noch so glanzvoller Uniformen an die Rekruten.

Meine sehr verehrten Anwesenden,
meine lieben Kolleginnen und Kollegen!

Ich nähere mich dem Ende meiner Ausführungen. Wir waren vor zwei Jahren in einer Lage, in der es für die Gewerkschaften in der Bundesrepublik nur die Alternative gab:

Entweder ein Verharren in der Passivität,
ein weiteres Stillhalten,
ein Sichbeschränken auf im Grunde wirkungslose Proteste

oder aber

eine entschlossene Wendung zur Aktivität.

Nach uns kommende Generationen werden uns nicht danach beurteilen, ob wir die Zeitverhältnisse richtig analysiert haben, sondern danach, ob wir im richtigen Zeitpunkt richtig gehandelt haben. Es hat sich gezeigt, wie richtig es war, daß wir uns entschlossen einer neuen gewerkschaftlichen Aktivität zuwandten. Das Aktionsprogramm war die Grundlage dazu!

Wir alle haben mit der Verkündung des Aktionsprogramms und mit dem Bekenntnis zu ihm eine große Verantwortung und eine gemeinsame Verpflichtung übernommen. Von unserem Willen und von unserer Kraft, es zu verwirklichen, hängt auch das Vertrauen der breiten Schichten der Arbeitnehmer zu unserer Gewerkschaftsbewegung ab. Seit eh und je waren die Zeiten wirtschaftlicher Konjunktur auch die Zeiten großer gewerkschaftlicher Erfolge für die Arbeitnehmer. Ich habe versucht aufzuzeigen, was für die Unternehmer das sogenannte deutsche Wirtschaftswunder bedeutete, an Gewinnen, an Vermögenszuwachs, an neuem Eigentum, an neuer wirtschaftlicher Macht. Es bedarf keiner Frage, daß die gegenwärtige wirtschaftliche Situation

ohne Gefahr für die Konjunktur,
ohne Gefahr für die Währung,

die Erfüllung der Forderungen unseres Aktionsprogramms möglich macht. Ja, sie liegt im Interesse aller! Wie vor zwei Jahren können wir heute erst recht sagen, daß unsere Forderungen gerecht sind!

Wenn nicht heute und morgen, wann denn sollen wir überhaupt handeln? Eine große Hamburger Zeitung schrieb am Montag anläßlich unseres Kongresses über die „Chance der Arbeiter". Ich möchte sagen, die Gewerkschaften

werden diese Chance ausnutzen für die Arbeiter, Angestellten und Beamten! Es kommt somit auf diesem DGB-Kongreß nicht allein und nicht in erster Linie auf eine erneute und einmütige Zustimmung zu unserem Aktionsprogramm an, sondern vor allem auf eine mögliche Klärung über die weiteren Schritte und Maßnahmen, mit einem Wort, über die Konsequenzen.

Unser aller Aufgabe ist es, dafür zu sorgen, daß die durch Abkommen und Tarifabschlüsse erzielte Verkürzung der Arbeitszeit nun auch **tatsächlich** überall in den Betrieben realisiert wird. Nur die **effektive** Arbeitszeitverkürzung ist ein tatsächlicher Erfolg!

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Unser Aktionsprogramm ist kein Patentrezept! Die Durchführung erfordert ein Höchstmaß an Beweglichkeit und gewerkschaftlicher Initiative. Die **Taktik** der Durchsetzung muß in jedem Einzelfall bestimmt werden. Sie kann wechseln

von Gewerkschaft zu Gewerkschaft,
von Wirtschaftszweig zu Wirtschaftszweig,
ja sogar von Betrieb zu Betrieb!

Worauf es ankommt ist, überall die notwendigen Voraussetzungen für einen Erfolg zu schaffen.

Wir berühren damit ein wichtiges Problem, nämlich die

Bedeutung der Betriebe

für unseren gewerkschaftlichen Kampf. Es besteht Notwendigkeit, **das Schwergewicht der gewerkschaftlichen Aktivität mehr als bisher in die Betriebe zu verlagern.** Ich meine, es kommt darauf an, in einem stärkeren Maße die Bedeutung der Vertrauensleute und Betriebsräte für unsere gewerkschaftliche Arbeit und die Durchsetzung des Aktionsprogramms zu erkennen.

Wir alle wissen auch um die Bedeutung der öffentlichen Meinung und wie wichtig es ist, sie für unsere gerechte Sache zu gewinnen. Wir denken dabei nicht an plumpe Reklame. Wir brauchen nur die Wahrheit zu sagen, die Wahrheit und nichts als die Wahrheit!

Aber wir müssen sie so sagen, daß sie der, den wir ansprechen wollen, auch vernimmt. Die modernen Mittel und Methoden sind meist auch die wirksamsten. Was nützen Flugblätter und Broschüren — in Stil und Aufmachung der Jahrhundertwende —, wenn derjenige, der sie in die Hand gedrückt bekommt, sie gar nicht liest? Wir sollten uns also aller modernen Mittel, z. B.

Film,
Funk,
Inserate und
Plakate,

bedienen. — Ich weiß, die beste Werbung ist nach wie vor eine aktive und offensive Gewerkschaftspolitik. Wir sollten aber aufgeschlossener, beweglicher und moderner als bisher unser Aktionsprogramm allen Schichten des Volkes nahebringen.

Unsere Forderungen sind keine Illusionen! Sie sind in den anderen Ländern der westlichen Welt zum Teil längst erfüllt! Sie sind auch in der Bundesrepublik erfüllbar! Unsere Ziele gehen nicht nur den Arbeitnehmer an! Sie sollen dazu dienen, **allen** Schaffenden wie auch ihren Familien das Leben glücklicher und sinnvoller zu gestalten. Wir appellieren deshalb an das Verständnis und an die Unterstützung aller, mit uns gemeinsam eine bessere, glücklichere und sichere Zukunft zu erstreben! Wir gehen an unsere Aufgabe, weil wir Frieden, Freiheit und soziale Sicherheit wollen!

Wir gehen an dieses Werk in dem Bewußtsein, daß wir damit auch den

Menschen in der Sowjetzone

helfen!

Eine sozial fortschrittliche Bundesrepublik wird eine starke Anziehungskraft auf die Menschen unter sowjetischem Joch ausüben! Damit dienen wir der Wiedervereinigung tausendmal mehr als mit der Wiederaufrüstung. Militärische Aufrüstung im Westen und im Osten fördert die Wiedervereinigung nicht. Es besteht die große Gefahr, daß hierdurch nur die Grenzgräben noch tiefer und die Stacheldrahtzäune noch höher werden. Wir haben große Sorge, daß durch die Aufrechterhaltung der Trennung ein neuer, gefährlicher Chauvinismus entzündet wird.

Die Durchsetzung des Aktionsprogramms wird auch allen Feinden der Demokratie diesseits und jenseits des eisernen Vorhangs das Handwerk legen!

Wir stehen auf dem Boden der Demokratie, und wir werden sie zu schützen wissen!

Wir wollen unser Aktionsprogramm mit demokratischen Mitteln und Methoden erkämpfen.

Lassen wir uns nicht beirren!

Lassen wir uns nicht ablenken von noch so gutgemeinten Plänen und neuen Theorien, die mit den Nahzielen unseres Programms nichts zu tun haben!

Es wird ohnehin noch harte Auseinandersetzungen geben!

Die Festigkeit und Geschlossenheit aller Glieder des Deutschen Gewerkschaftsbundes wird mehr denn je notwendig sein!

Unsere Erfolge in dem letzten Jahr können uns nur ermutigen,

zäh und unbeirrt,
entschlossen und kämpferisch

unsere Ziele weiter zu verfolgen,

Hand in Hand

in Solidarität unlöslich verbunden —
werden wir alle **im** und **mit** dem Deutschen Gewerkschaftsbund
ein menschenwürdiges Dasein für
alle Arbeitnehmer erkämpfen!

II. Auflage

Als Manuskript gedruckt, nicht für den Handel bestimmt.

Auerdruck GmbH, Hamburg 1, Speersort 1 (Pressehaus)